

Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes
Herrn Fackler
Bayerischer Landtag

81627 München

1. Vorsitzender
Julian Rubach
Laubacherstr. 9
87719 Mindelheim

E-Mail: info@agu-bayern.de
Tel. dienstlich: **08261-995-471**
Tel. privat: **0152-04155640**
Web: www.agu-bayern.de

Mindelheim, den 12.09.2022

Verbesserung der Ausbildungssituation der Umweltschutzingenieure im öffentlichen Dienst

Sehr geehrter Herr Fackler,
sehr geehrte Ausschussmitglieder,

wir als AGU Bayern vertreten als Berufsverband die Interessen der Umweltschutzingenieure im öffentlichen Dienst. Unsere Mitglieder sind an den Landratsämtern, den kreisfreien Städten, in den Bezirksregierungen und am Bayerischen Landesamt für Umwelt tätig.

Zu unseren Aufgaben gehört die Genehmigung und Überwachung großer Industrie- und Gewerbebetriebe. Durch die gestiegenen gesetzlichen Anforderungen, aber auch durch die momentane Gas- und Personalkrise steigt die Arbeitsbelastung kontinuierlich. Aufgrund fehlenden Personals ziehen sich die Genehmigungsverfahren mittlerweile teilweise enorm in die Länge.

Die Staatsregierung hat das Problem erkannt und hat deshalb in den letzten Jahren neue Stellen geschaffen.

Leider macht der Fachkräftemangel auch vor uns nicht halt. Neue Stellen können häufig erst nach mehrmaligen Ausschreibungen besetzt werden. Einen Grund dafür sehen wir u. a. in der unangemessenen Ausbildungsvergütung. Anders als Kollegen aus der Verwaltung, die schon während ihrem Studium im Staatsdienst sind (und hier auch eine Vergütung bekommen), haben unsere Mitglieder bereits einen fertigen Bachelorabschluss in der Tasche und sind somit auf dem Arbeitsmarkt gefragte Ingenieure.

Das durchschnittliche Einstiegsgehalt eines Umweltschutzingenieurs in der Privatwirtschaft liegt bei ca. 47.000 Euro im Jahr. Während der Anwärterschaft müssen die Kollegen mit einem Bruttogehalt von ca. 17.000 Euro (1.414 Euro pro Monat) auskommen.

Zu dem sehr niedrigen Gehalt kommt hinzu, dass sich die Anwärter selbst Unterkünfte während ihrer Hospitationen (auch mehrere Wochen am Stück) suchen und auch bezahlen müssen. Ihnen steht ein Trennungsgeld von 40 Euro pro Tag für die ersten 7 Tage zu. Danach nur noch 9,20 Euro. Damit muss die Unterkunft und die Verpflegung bezahlt werden. Es ist offensichtlich, dass die Kosten durch das Trennungsgeld in keinsten Weise gedeckt werden können.

In den Regierungsbezirken wurden die Probleme teilweise erkannt. Einige Bezirke (aber nicht alle) buchen mittlerweile manche Unterkünfte für Ihre Anwärter selbst.

Ich bitte Sie, sich für ein einheitliches Vorgehen einzusetzen. Es kann unserer Meinung nicht sein, dass Anwärter mit ihren niedrigen Bezügen auf Übernachtungskosten sitzen bleiben. Wir fordern, dass angemessene Unterkünfte durch die Behörden gebucht werden (auch bei längeren Aufenthalten). Sollte dies nicht möglich sein, so muss garantiert werden, dass alle Kosten erstattet werden.

Durch den anstehenden Umbau der Energieversorgung ist damit zu rechnen, dass sich die Personalsituation für Ingenieure auf dem Arbeitsmarkt weiter verschärft. Um als Staat in diesem Bereich handlungsfähig zu bleiben, müssen die Stellen der Umweltschutzingenieure attraktiver gestaltet werden.

Sollten Sie noch Fragen haben, können Sie sich gerne an mich wenden. Gerne würden wir die Problematik auch mit Ihnen persönlich besprechen.

Mit freundlichem Gruß

Julian Rubach
1. Vorsitzender